



Kommunalwahl 2014



Ihre Kandidatin im Wahlbezirk 1 (Katharinenstift)

Annette Bischoff

51 Jahre, verheiratet, drei Kinder; Dipl.-Agraringenieurin, Fachkraft für Umwelt und Naturschutz, zurzeit halbtags im Umweltamt einer kreisfreien Stadt. Bisheriger Schwerpunkt: Ausschuss für Kultur, Schule, Sport, VHS-Ausschuss und Zweckverbandsversammlung der Musikschule.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 2 (Martin-Luther-Schule)

Dr. Thomas Pago

54 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; Verlagslektor/Verleger. Bisher Mitarbeit im Haupt- und Finanzausschuss, im Betriebsausschuss des Abwasserwerks, im VHS-Ausschuss und in der Zweckverbandsversammlung der Musikschule.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 3 (Oswald-von-Nell-Breuning-Kolleg)

Heinz Volmer

49 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; Techniker (techn. Informatik). Sachkundiger Bürger im Bezirksausschuss Lette, Vorstandsmitglied von Pro Coesfeld, bisher nicht im Rat.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 4 (Laurentiuschule)

Uwe Hesse

76 Jahre, verheiratet, drei Kinder; staatl. geprüfter Betriebswirt, ehem. Geschäftsführer in der Niederlassung eines großen Automobilunternehmens, jetzt im Ruhestand. Bisher im Haupt- und Finanzausschuss, Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss und im Betriebsausschuss des Abwasserwerks.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 5 (Laurentiuschule)

Eberhard Ernsting

73 Jahre, verheiratet; Pensionär, Rentner, bis 2003 Leitender Angestellter bei der Siemens AG, seit über 25 Jahren ehrenamtlich in der kath. Erwachsenenbildung engagiert. Vorstandsmitglied von Pro Coesfeld, bisher nicht im Rat.



Ihre Kandidatin im Wahlbezirk 6 (Laurentiuschule)

Nicole Dicke

39 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; als Rechtsanwältin bei Wirtschaftsprüfer/Steuerberater tätig. Seit 2004 im Rat, Mitarbeit im Haupt- und Finanzausschuss und im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 7 (Laurentiusstift)

Hermann Josef Peters

58 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; Dipl.-Ingenieur der Architektur (Hochschulbau, Verwaltungsgebäude). Bisher vor allem tätig im Ausschuss Umwelt, Planen, Bauen und im Betriebsausschuss des Abwasserwerks.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 8 (Ludgerischule)

Robert Böyer

51 Jahre, verheiratet, fünf Kinder, Industriedruckmeister, Betriebswirt d.H., 1. Vorsitzender von Pro Coesfeld, stellvertretender Vorsitzender der Kolpingsfamilie Coesfeld Zentral. Bisher nicht im Rat.



Ihre Kandidatin im Wahlbezirk 9 (Ludgerischule)

Martina Vennes

49 Jahre, verheiratet, drei Kinder; Einzelhandelskauffrau. Bisher im Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und zeitweise im Bezirksausschuss Lette; seit 2004 stellvertretende Bürgermeisterin.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 10 (Herburg-gymnasium)

Thomas Biege

36 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Dipl.-Informatiker (FH) und Teamleiter in einem Softwareunternehmen. Seit 2011 als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 11 (Seniorenzentrum Coesfelder Berg)

Günter Hallay

60 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; Fachkaufmann für Organisation, Dipl.-Verwaltungswirt. Seit 2004 im Haupt- und Finanzausschuss und im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 12 (Maria-Frieden-Schule)

Hans-Theo Bükler

53 Jahre, verheiratet, vier Kinder; Dipl.-Ing. Fahrzeugtechnik, aml. anerkannter Sachverständiger. Bisher im Ausschuss für Umwelt, Planen, Bauen.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 13 (Kreuzschule)

Günter Thier

68 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, drei Enkelkinder; Friseurmeister. Sachkundiger Bürger im Betriebsausschuss des Abwasserwerks; bisher nicht im Rat.

Keine weiteren Kürzungen in Sachen Kultur



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 14 (Stadtwerke Coesfeld)

Dr. Günter Kirstein

59 Jahre, verheiratet, zwei Kinder; Dipl.-Chemiker, Selbstständiger. Seit 2009 sachkundiger Bürger im Kreistag; bisher nicht im Rat.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 15 (Pfarrzentrum Stevede/Goxel)

Michael Banneyer

53 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Rettungsassistent, Mitorganisator der Kulturnacht. Sieben Jahre lang sachkundiger Bürger im Ausschuss für Kultur, Schule, Sport; bisher nicht im Rat.

Ein Wahlversprechen: Steuerschraube zurückdrehen! Siehe Seite 2



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 16 (Kreisverwaltung)

Josef Schulze Spüntrup

55 Jahre, verheiratet, drei Kinder; beschäftigt bei der Kreisverwaltung Coesfeld. Vorstandsmitglied von Pro Coesfeld; sachkundiger Bürger im Ausschuss Umwelt, Planen, Bauen; bisher noch nicht im Rat.



Ihre Kandidatin im Wahlbezirk 17 (Kardinal-von-Galen-Schule)

Helga Lammers

Verheiratet, drei Kinder, kaufm. Angestellte bei Bank und Sparkasse (Rentnerin), Hausfrau. Sachkundige Bürgerin im Bezirksausschuss Lette, bisher nicht Mitglied im Rat.



Ihre Kandidatin im Wahlbezirk 18 (Kardinal-von-Galen-Schule)

Cornelia Bagheri

51 Jahre, verheiratet; engagiert in der evangelischen Kirche. Sachkundige Bürgerin im Bezirksausschuss Lette; bisher nicht im Rat.



Ihr Kandidat im Wahlbezirk 19 (Seniorenwohnanlage St. Johannes)

Paul Zumbült

60 Jahre, verwitwet, zwei Kinder; Handelsfachwirt, Unternehmer. Vorstandsmitglied von Pro Coesfeld; sachkundiger Bürger im Bezirksausschuss Lette; bisher nicht im Rat.

Uns liegt Coesfeld am Herzen

**Ein Wahlversprechen:
Steuerschraube zurückdrehen!**

„Das kann doch nicht sein: Die letzte Steuererhöhung liegt erst zwei Jahre zurück, und nun soll den Bürgern schon wieder in die Taschen gegriffen werden?“ Fassunglos kommentierte die Allgemeine Zeitung im Dezember 2012 die Pläne von Verwaltung und CDU, die Coesfelder nach den massiven Erhöhung von 2011 erneut zur Kasse zu bitten. Man solle doch besser die Ausgabenseite in den Blick nehmen, riet die AZ; und selbst die Mittelstandsvereinigung der CDU empfahl den eigenen Ratsmitgliedern, die neuen Belastungen nicht mitzutragen. Genützt hat das freilich nichts: Wie schon 2010 stimmte die Ratsmehrheit auch 2012 dafür, sich auf diese unkomplizierte Weise bei den Bürgern zu bedienen – gegen den Widerstand von Pro Coesfeld.

Die zweistufige Erhöhung trifft übrigens fast alle: Landwirte, Gewerbebetriebe und über die Grundsteuer B (für Grundstücke und Gebäude) praktisch jeden Einwohner – die Eigenheimbesitzer direkt, die Mieter indirekt über die Nebenkosten. Und bei dieser „Steuer für alle“ wurde besonders kräftig zugelangt: Vergleicht man 2013 einmal mit 2010, sind es satte 40%, die den Bürgern zusätzlich abgebucht werden. Oder ganz konkret: Wer 2010 noch 350 Euro für ein Haus mit großem Grundstück zahlte, überweist seit 2013 stolze 490 Euro.

Überschuss statt Defizit

Vorbehaltlich des Jahresabschlusses 2011 wurde aus einem erwarteten

Defizit in der Stadtkasse von 4,9 Mio. Euro schließlich ein Überschuss von 3,7 Mio. Davon entfielen ca. 1,4 Mio. auf die Steuererhöhung. Pro Coesfeld wäre damals mit einer Steuererhöhung in Höhe des Haushaltsdefizits von etwa 8% einverstanden gewesen. Aber die Ratsmehrheit entschied sich für eine Erhöhung der Grundsteuer B um 26%. Kumulativ betrachtet hat die Grundsteuererhöhung in den Jahren 2011–2013 (teilweise Planungszahlen) Mehreinnahmen von 3,66 Mio. Euro erbracht, insgesamt schlossen die Haushalte 2010–2012 aber sogar mit Mehreinnahme von ca. 9,5 Mio. Das ist natürlich gut für die Stadt, zeigt aber auch: Eine Steuererhöhung in dieser Höhe wäre gar nicht nötig gewesen.

Auch dem Wirtschaftsstandort Coesfeld tut die Entwicklung nicht gut: Bei den Hebesätzen der Gewerbesteuer liegt Coesfeld im Kreisvergleich mittlerweile in der Spitzengruppe. Wenn wir weiterhin für Industrie und Gewerbe attraktiv bleiben wollen, müssen wir auch die Höhe der Hebesätze überdenken.

Steuern senken

Pro Coesfeld wird sich in der neuen Wahlperiode dafür einsetzen, die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer zumindest wieder auf den Stand von 2011 zurückzuführen, um unsere Stadt noch attraktiver für junge Familien und Unternehmen zu machen. Möglich ist das – mit einer starken Fraktion im neuen Rat.

Jahr	Hebesätze in Prozent		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
2010	224	393	420
2011	240	495	435
Erhöhung	7,14 %	26,0 %	3,6 %
2012	240	495	435
2013	250	550	450
Erhöhung	4,2 %	11,1 %	3,4 %

**Trotz Inklusion:
Förderschulen sind unverzichtbar**

Dass für ein Gelingen der Inklusion, gemeint ist die Aufnahme von Kindern mit unterschiedlichen Behinderungen an Regelschulen, nicht nur der gute Wille aller Beteiligten notwendig ist, war immer klar. Leider drohen viele Visionen, die diese Neuerung anfangs positiv begleiteten, mittlerweile in Aversionen umzuschlagen, sollten das Land NRW und die Kommunen weiter über die Finanzierung streiten (der jetzt gefundene Kompromiss bietet zunächst nur eine kurzfristige Lösung). Schließlich war bei dem rot-grünen Prestigeprojekt doch von Anfang an klar, dass der prognostizierte Kostenrahmen bei weitem nicht ausreichte. Es geht zwar nicht um einen Flughafen oder eine Konzerthalle in der Elbe, doch die Blauäugigkeit hinsichtlich der Finanzierung des gemeinsamen Unterrichts weist durchaus Ähnlichkeiten auf.

Im pädagogischen Alltag ist jedenfalls von Aufbruchstimmung schon längst nichts mehr zu spüren. Eine effektive Förderung für Kinder mit einer sozial-emotionalen Störung setzt überschaubare Klassengrößen und feste Personenkontakte voraus. Doch damit sieht es in großen Klassen, bei ständig wechselnden Fachlehrern, nicht gut aus. Gleiches gilt für die Kinder mit einer Lernbehinderung. Verglichen mit der sonderpädagogischen Förderung in einer Förderschule kommt bei ihnen oft nur ein „laues Lüftchen“ an benötigter Förderung an. Auf jeden Fall viel zu wenig, um diesen Kindern die Welt zu erklären und dem entsprechenden Förderbedarf gerecht zu werden.

Ganz aktuell spricht die Landesregierung beim Sicherstellen der sonder-

pädagogischen Förderung von einem „Bewirtschaftungsfaktor 9,92“. Das bedeutet, dass zukünftig auf ca. 10 Schülerinnen und Schüler mit den Förderbedarfen „Lernen“, „Emotional-Sozial“ und „Sprache“ eine Lehrerstelle kommt. Da aber jeder Sonderpädagoge in seinem Studium nur zwei sonderpädagogische Schwerpunkte studiert, muss er sich eine Qualifikation sprichwörtlich „aus dem Ärmel schütteln.“ Besonders bei Kindern mit einer Sprachbehinderung treten dann Probleme auf, geht es hier doch um ein genaues Diagnostizieren von Sprachauffälligkeiten. Schließlich geht der Mensch doch auch nicht zum Zahnarzt, wenn er einen Beinbruch hat!

Förderschulen bleiben wichtig

Das alles verdeutlicht, dass es auch in Zukunft ohne Förderschulen nicht geht. Es wird immer Kinder geben, für die die Fördermöglichkeiten in einer Regelschule im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts nicht ausreichen. Über Jahrzehnte bewährte Strukturen dürfen nicht zu Lasten der Kinder zerschlagen werden. Das Erreichen einer von der Regierung geforderten Inklusionsquote kann doch nicht an die Stelle pädagogischer Vernunft treten! Anders aber ist die Forderung nach einer Beschulung von Kindern mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ an Realschulen und Gymnasien in Coesfeld nicht zu erklären. Spätestens an dieser Stelle liegt das reine Wunschdenken angesichts der Anzahl tatsächlicher Förderstunden klar zutage.

Sport im Süden der Stadt

In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport am 17.09.2013 ist ausführlich über die Auflösung der Anne-Frank-Schule und die Übernahme der Schülerinnen und Schüler durch die Kreuzschule diskutiert worden. Der Ausschuss erhoffte sich davon eine Stärkung des Schulsystems und eine Förderung des Schulzentrums im Süden der Stadt.

Dass die Schülerinnen und Schüler der hier ansässigen Schulen in ihrem Sportunterricht während der Sommermonate bis heute und wohl auch in Zukunft mit einem fehlenden bzw. völlig unzureichenden Sportstättenangebot vorlieb nehmen müssen, ist dabei ein echtes Ärgernis und passt so gar nicht in das Bild der Schul- und Sportstadt Coesfeld, auf das die Verwaltung so gern hinweist.

Schon bei der Planung des Sportzentrums Süd in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war klar, dass es nicht genügt, zwei Großspielfelder anzulegen. In die Grundausstattung

mussten leichtathletische Anlagen zumindestens eingeplant werden; entsprechende Flächen wurden auch tatsächlich ausgewiesen. Zeitnah sollte der Ausbau erfolgen.

Seit der Einweihung des Sportzentrums Süd sind jetzt 20 Jahre vergangen. Der Urzustand hat sich nicht verändert, wenn man von dem Aushub einer Weitsprunganlage absieht; einer Anlage, die an die 50er Jahre erinnert. Auf der Trasse für die vorgesehene 100-Meter-Laufbahn sprießt das Gras. Leichtathletik kann unter derartigen Voraussetzungen nicht unterrichtet werden.

Für Lehrende und Lernende ist das demotivierend und leistungshemmend. Dieser unhaltbare Zustand ist in Gesprächsrunden mit den Sportfachschaften der Schulen, Vertretern der Stadt und der Politik auch wiederholt thematisiert worden. Immer wieder wurden fehlende Mittel als Grund für die Verzögerung genannt. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dem Süden endlich die nötige Aufmerksamkeit zu widmen – damit die Schülerinnen und Schüler dort nicht noch einmal 20 Jahre auf die Umsetzung ihres berechtigten Anliegens warten müssen.

Schule im Fokus

Statt „Politik von oben“: Konsens vor Ort

Gern klopfen sich in Wahlkampfzeiten CDU und Verwaltung gegenseitig auf die Schulter und beglückwünschen sich zu der Entscheidung, das dreigliedrige System aus Haupt- und Realschulen und Gymnasien in Coesfeld erhalten zu haben. Schulen und Eltern, so hofft man, werden wohl schon vergessen haben, wie es wirklich war.

Im Frühjahr 2012 klang alles nämlich noch ganz anders. „Zwei Sekundarschulen als Lösung“ titelte die AZ damals und zitierte den Bürgermeister, der eine Zusammenlegung der Coesfelder Haupt- und Realschulen zu zwei Sekundarschulen favorisierte. Auch der CDU-Vorstand hatte sich da schon für diese Idee erwärmt (wenn auch, das sei eingeräumt, mit vorsichtigeren Formulierungen). Bevor die politischen Gremien sich überhaupt mit dem Thema befasst hatten, wurden über die Presse schon Positionen bezogen: Nach den Sommerferien 2013 könnten die beiden Realschulen aufgelöst sein, so die Verwaltung; und die CDU schien diese Politik mitzutragen.

Der Widerstand formierte sich u. a. auf einer Bürgerversammlung von Pro Coesfeld im Kolpinghaus, auf der Eltern und Lehrer zu Wort kamen und nachdrücklich dafür warben, nicht übereilt gute und gewachsene Strukturen über Bord zu werfen. Die Wählergemeinschaft jedenfalls ließ sich

überzeugen und warnte öffentlich: Die überstürzte Festlegung auf die neuen Sekundarschulen sei unüberlegt und unnötig; das Modell „Sekundarschule“ sei für die momentane Situation in Coesfeld kaum geeignet. Entwarnung kam dann im August: Auch der CDU-Stadtverband empfahl jetzt der eigenen Fraktion, auf die Abschaffung von Haupt- und Realschulen zu verzichten – was die Fraktion laut Pressemitteilung prüfen wollte. Sogar die AZ sprach da von einem „Schwenk“ der CDU auf die Linie von Pro Coesfeld. In diesem Sinne fiel dann auch im September die Entscheidung im Ausschuss – ganz im Sinne aller Betroffenen.

Also alles in bester Ordnung? Nicht ganz. Den Wahlkämpfern sei gesagt: Wer auf einen fahrenden Zug aufspringt, soll sich bitte nachher nicht als Lokführer aufspielen. Und alle sollten nicht vergessen: So gut die Coesfelder Schullandschaft heute auch aufgestellt sein mag – bei rückläufigen Schülerzahlen, Neuausrichtungen in den Nachbarkommunen und dem Dauerstreit ums „Turbo-Abitur“ kann heute niemand einen kompletten Fortbestand für alle Zeiten verordnen. Diskussionen und Anpassungen wird es immer wieder geben müssen; aber, so die Forderung von Pro Coesfeld, nur unter intensiver Beteiligung der Schulen – und natürlich gemeinsam mit den Eltern.



Schulwegsicherung: abgelehnt Keine Beleuchtung für Radweg Lette-Coesfeld

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP wurde der Antrag von Pro Coesfeld zur Sicherung und Beleuchtung des Radwegs zwischen Coesfeld und Lette abgelehnt. Selbst Fördermöglichkeiten für diesen ortsteilverbindenden Radweg, mit deren Prüfung die Verwaltung beauftragt werden sollte, wurden zurückgewiesen.

Mit unsachlichen Begründungen taten sich insbesondere zwei SPD-Vertreter aus Lette hervor. Der eine von ihnen erklärte sogar, dass er eine Verbindung entlang der Bahntrasse unterstützen könne; allerdings ging er dabei wohl eher von einem Radwanderweg aus. Die CDU hatte keine Meinung, ihren Vertretern war die Schulwegsicherung wohl einfach zu teuer.

Die Kosten für die Beleuchtung betragen knapp 180.000 Euro für die gesamte Strecke, die Betriebskosten für die Beleuchtung 8800 Euro jährlich, doch solche laufenden Kosten fallen ohnehin bei jedem beleuchteten Radweg an.

Das Anliegen der Wählergemeinschaft

Worum geht es den Pro Coesfeldern eigentlich bei diesem Antrag? Unter dem Motto „Ortsteile verbinden“ fehlt in Coesfeld leider immer noch eine zu allen Tages- und Jahreszeiten funktionsfähige Anbindung nach Lette. Während die Ortsteile Goxel

über die Borkener Straße und Einmündung K 46 bis Rekener Postweg sowie der Ortsteil Brink über die Holtwicker Straße über eine beleuchtete und sichere Anbindung an das Stadtzentrum Coesfeld verfügen, fehlt diese Anbindung bei Lette. Dies führt zu einem Ungleichgewicht, ist Lette doch schließlich der größte und bevölkerungsreichste Ortsteil. Der Ausbau des Radweges dürfte noch weitere Vorteile bringen:

- ◆ höhere Schulwegsicherheit für die Kinder und Jugendlichen aus Lette, welche die weiterführenden Schulen in Coesfeld besuchen (man denke nur an die Blendung durch die immer helleren Autoscheinwerfer!);
- ◆ die Befahrung in den Abend- und Nachtstunden wird für die Bürgerinnen und Bürger aus Lette, die das Freizeitangebot in Coesfeld nutzen, wesentlich sicherer;
- ◆ auch der Ortsteil Lette bietet mit dem Glasmuseum, der Windmühle, dem Heimatmuseum, dem Eisenbahnmuseum, der hervorragenden Industriearchitektur des Firmensitzes von Ernstings Family und dem ausgezeichneten Gastronomieangebot eine hohe Freizeitqualität auch für Coesfelder und externe Fahrradtouristen.

Gut möglich, dass irgendwann ein Umdenken einsetzt und das Projekt in ein paar Jahren doch noch verwirklicht wird. Nur wird dann keiner hören wollen, dass man alles schon etliche Jahre früher hätte haben können ...

Förderung junger Familien: abgelehnt

Große Mehrheit gegen günstiges Bauland

Mit großer Mehrheit und den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen wurde die Förderung junger Familien mit Kindern durch das Angebot von günstigem Bauland abgelehnt. CDU und SPD hielten eine solche Förderung nicht für notwendig, die FDP unterstellte sogar sozialistische Tendenzen und die Verführung zum Steuerbetrag. CDU-Bürgermeister Öhmann argumentierte, dass Coesfeld ein guter Schulstandort sei und eine gute Infrastruktur besitze, da brauche man nicht auch noch besonders günstiges Bauland. Dabei sollte der CDU-Bürgermeister nicht vergessen, dass er sich noch in den Haushaltsberatungen besorgt über den Rückgang der Schülerzahlen geäußert hatte.

Doch was war diesem Streit vorausgegangen? Pro Coesfeld hat sich eingehend mit Fragen der Stadtentwicklung befasst. Nach Einschätzung der Ratsvertreter steht Coesfeld als gefestigtes Mittelzentrum im Umlandvergleich gut da, nicht zuletzt dank eines weit überdurchschnittlichen Kulturangebots. Um dieses Angebot auch in Zukunft halten zu können, muss die Stadt aber schon heute alles tun, um für junge Familien auch künftig attraktiv zu bleiben.

Um junge Coesfelder Familien am Ort zu halten und gleichzeitig den Zuzug von Familien zu ermöglichen, ist der Preis für ein Baugrundstück ein entscheidender Faktor. Mit dem erwähnten Antrag, der im März 2014 beraten wurde, wollte Pro Coesfeld die Ver-

waltung beauftragen, für den Verkauf von Bauland über die Stadtentwicklungsgesellschaft Modelle zu erarbeiten, die junge und kinderreiche Familien bevorzugen und ihnen ermöglichen, ein Baugrundstück zu einem erträglichen Preis zu erwerben.

Bauland-Modelle für Familien

Denkbar wären da verschiedenste Modelle: beispielsweise eine Staffelfung des Preises nach Einkommen und Anzahl der Kinder; Erbpacht oder Pacht mit Vorkaufsrecht bzw. Kaufrecht nach 15 Jahren, ebenfalls unter Berücksichtigung von Einkommen und Kinderzahl; Mietkauf über 25 Jahre mit einer solchen Staffelfung. Ein Missbrauch durch Spekulation ließe sich über eine Wertschöpfungsklausel verhindern, nach welcher der Eigentümer über einen langen Zeitraum verpflichtet wäre, im Falle einer Veräußerung einen erzielten Gewinn an die Stadt Coesfeld abzuführen.

Nach Ansicht von Pro Coesfeld könnten diese oder vergleichbare Regeln der Baulandvergabe, die in einem vollkommen transparenten Verfahren anzuwenden wären, einen guten Beitrag zur Familienfreundlichkeit und Zukunftssicherung der Stadt leisten. Gedacht war übrigens, dass ein solches Verfahren schon bei der Grundstücksvergabe im neuen Wohngebiet Hengte zum Einsatz kommen sollte. Aber daraus wird ja nun leider nichts mehr werden.

Hätten wir wirklich ein neues Bürgermeisterbüro gebraucht?

Kultur nicht totsparen!!!

Coesfeld, so wie wir es kennen, ist eine lebens- und liebenswerte Stadt. Ganz besonders, weil sie so lebendig ist. Diese Lebendigkeit liegt vor allem in den Händen ihrer Einwohner.

Unglaublich viele Coesfelder engagieren sich in Sachen Kultur, Sport, in sozialen Angelegenheiten und sogar in der Daseinsvorsorge wie beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Stadt lebt und sich bewegt, dass ihre Kultur erlebbar wird und ein Gemeinschaftsgefühl entsteht. Allen Ehrenamtlichen gilt ein riesiger Dank für

ihren Einsatz, der unermüdlich ist trotz der vielen Kürzungen von Geldern in den vergangenen Jahren.

Pro Coesfeld, selbst keine Partei, sondern eine Gruppe von Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren, weiß diesen Einsatz zu schätzen und verspricht deshalb, weiteren Kürzungen in diesen Bereichen in Zukunft nicht mehr zuzustimmen.

Die Pro Coesfelder wissen genau, wie sehr die Vereine und Initiativen auf Sicherheit in ihrer Finanzierung angewiesen sind. Die Wählergemeinschaft will dieses Engagement unterstützen und zukünftig Streichungen verhindern. Damit Coesfeld eine Stadt bleibt, in der Kultur, Sport und soziales Bewusstsein auch morgen noch sichtbar und erlebbar sind.

Radschnellwege Der Weg zum schnelleren Geldausgeben

Regio.velo.01 – eine kryptische Bezeichnung des mit Anglizismen durchsetzten Computerzeitalters: Gemeint ist damit ein Regionales-2016-Projekt zur besseren Radverkehrs-Verbindung von Isselburg über Borken nach Coesfeld. Zwischen den Städten soll ein Radschnellweg entstehen, von anderen Radwegen unterschieden durch eine besondere Breite, besondere Vorfahrtsregelungen und eine komplette Ausleuchtung auf der gesamten Strecke.

CDU-Bürgermeister Öhmann war natürlich sofort mit dabei, denn 80 % Förderung locken ja bekanntlich jeden

aus seiner vielleicht sonst eher lethargischen Zurückhaltung. Allerdings sind die Anforderungen an einen solchen Radweg hoch, kostet er doch nach den Förderbedingungen den nicht unerheblichen Betrag von 314.000 Euro pro Kilometer. Damit ergäbe sich eine Beteiligung der Stadt Coesfeld von rd. 63.000 Euro pro Kilometer, insgesamt somit knapp 600.000 Euro bis zur Kreisgrenze. Und das alles für eine einfalllose Verkehrsführung neben der Hauptstraße Richtung Hochmoor auf rd. 9,5 Kilometern. Im Vergleich dazu sind die Kosten für die Beleuchtung des Radweges von Coesfeld nach Lette mit knapp 180.000

Euro auf der gesamten Länge deutlich geringer und im Sinne der Schulwegsicherung vermutlich auch sinnvoller eingesetzt.

CDU, SPD und Grüne sahen das Projekt trotz der Kosten erst einmal positiv, da ja Fördergelder in Aussicht standen. Ein Rückfall in alte Praktiken, Fördergelder entgegennehmen und mit dem städtischen Eigenanteil den Haushalt in die Verschuldung zu treiben. Schon in der Sitzung wurde dann seitens der Verwaltung zurückgerudert: Man müsse ja den Radweg nicht in der hohen Qualität ausführen, vielleicht käme man auch mit weniger Investitionsgeldern aus.

Wenig später war dann die Blase geplatzt, denn auch die Fördergeber aus Düsseldorf sahen für einen so teuren Radschnellweg von Borken nach Coesfeld derzeit noch keinen Bedarf. Dennoch möchte der CDU-Bürgermeis-

ter weiterhin an dem Projekt festhalten, indem er insbesondere die schnelle und sichere Erreichbarkeit der Freilichtbühne und im weiteren Verlauf des Industriegebietes Flamschen als vorrangig herausstellt.

Die Wichtigkeit einer vernünftigen Verbindung bis zur Freilichtbühne insbesondere im Hinblick auf die Schulwegsicherheit hatten besorgte Eltern und Pro Coesfeld tatsächlich bereits im November 2004 erkannt und einen einseitig gesicherten Radweg bis zur Freilichtbühne gefordert. Seinerzeit wurde der Antrag von den alten Parteien abgeschmettert; in der Zwischenzeit hat man sich gar nicht weiter um Fördermöglichkeiten bemüht, und nach zehn Jahren verkauft der CDU-Bürgermeister das Projekt jetzt als eigene Idee – eine Vorgehensweise, die die Pro Coesfelder ja schon zur Genüge kennen.



Wer hat das bloß beantragt ...?

Wie sehr ein Mehrheitswechsel in Coesfeld überfällig ist, zeigt zum Beispiel die ungleiche Behandlung von Anträgen der CDU und von Pro Coesfeld. Allzu eng sind Verwaltung und CDU verzahnt. So etwas kann auf Dauer einer Stadt nicht gut tun.

Dabei geht es nur scheinbar um eine Formalie: In letzter Zeit tragen viele Anträge der CDU, die ja den Ratsvorlagen beigelegt werden, keinerlei Eingangsstempel der Verwaltung. Die Pro Coesfelder Anträge dagegen werden trotz fristgerechter Vorlage und Eingangsstempel schon mal bei der Aufstellung der Tagesordnung „vergessen“. Wo die ungestempelten Anträge geschrieben werden, wann und wie sie ins Rathaus gelangen –

über all das kann man natürlich nur spekulieren ...

Wie „fürsorglich“ die Verwaltung die Anträge der CDU behandelt, zeigt jedenfalls ein aktuelles Beispiel. In der Stellungnahme der Verwaltung zu einem kürzlich behandelten Antrag der CDU heißt es u.a.: „*Ohne die Entscheidung des Rates vorwegnehmen zu wollen, hat die Verwaltung die Geschäftsstelle und den Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM) vorab über den Antrag der CDU-Fraktion informiert, damit in den zuständigen Gremien genügend Zeit für eine sachgerechte Diskussion bleibt.*“

Nach geltender Rechtsprechung können Anträge nach einem Ablauf von sechs Monaten erneut gestellt wer-

den. Pro Coesfeld hat daher nach einem erfolglosen Antrag aus 2012 am 21.02.2014 noch einmal beantragt, den Radweg Coesfeld-Lette zu beleuchten.

Es folgt eine oberlehrerhafte Stellungnahme über die damalige Beratung unter Angabe der Abstimmungsergebnisse, die mit dem Satz endet: „*Die Interessenlage und der aktuelle Sachstand müssten bei der Stadt Dülmen und dem Landesbetrieb Straßen erfragt werden.*“

Der eine Antrag wird also eifertig und ohne Votum in Rat oder Ausschuss weitergereicht, beim anderen reicht die Zeit nicht einmal zur Klärung eines Sachverhalts. Sollen die Antragsteller sich doch gefälligst selber darum kümmern ...

Einige Kommunen haben sie ständig, einige teilweise und Coesfeld gar nicht. Jedenfalls nicht in der bald ablaufenden Wahlperiode. Die Rede ist von der sog. Einwohnerfragestunde. Die Gemeindeordnung, also das einschlägige Gesetz für das Verwaltungshandeln in NRW, gestattet jedenfalls die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde vor den Ratssitzungen durchaus.

In einer solchen Einwohnerfragestunde haben alle Bewohner einer Stadt das Recht, sich mit Fragen an den Bürgermeister zu wenden. Leider handelt die Coesfelder Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse dieses Instrument nicht gerade bürgerfreundlich. Statt wie in vielen anderen Kommunen eine ständige Einwohnerfrage-

Einwohnerfragestunde im Rat?

stunde abzuhalten, muss hier erst der Rat eine Fragestunde für die nächstfolgende Ratssitzung beschließen. Damit nimmt man den Einwohnern die Chance, aktuell auf politische Themen zu reagieren.

Seitdem Pro Coesfeld im Rat vertreten ist, hat es eine Fragestunde erst ein einziges Mal gegeben. Zur Ehrenrettung der Verwaltung sei jedoch angemerkt, dass man mittlerweile verstärkt

dazu übergeht, Projekte von großer Bedeutung in Bürgerversammlungen vorzustellen. Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden. Das soll aber nicht heißen, dass Bürgerversammlungen oder die Sprechstunde des Bürgermeisters eine Einwohnerfragestunde ersetzen.

Gerade in letzter Zeit wären sicher interessante Fragen zu Schulthemen, zur Windenergie oder zur neuen LED-Beleuchtung denkbar gewesen. Doch die Einrichtung einer permanenten Einwohnerfragestunde scheiterte schon einmal an der geäußerten Vermutung, dieses Angebot werde doch sowieso nicht angenommen. Nur: Wenn man die Fragestunde gar nicht erst anbietet, kann man den Bedarf auch schlecht überprüfen. Das möchte Pro Coesfeld gern ändern.

Pro Coesfeld beanstandet Ratsbeschluss

Die Kommunalaufsicht teilt die Auffassung der Wählergemeinschaft

Die Bürger von Coesfeld können sicher sein, dass die freie und unabhängige Wählergemeinschaft Pro Coesfeld Willkür ablehnt und deshalb auf die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen achtet. So geschehen auch bei der Vorlage eines Antrags der SPD zur letzten Ratssitzung im Dezember 2012, der ohne Einhaltung von Fristen plötzlich auf der Tagesordnung auftauchte. Die Tagesordnung kann – nicht zuletzt aus Gründen der Fairness und Gleichbehandlung – nur unter sehr strengen Voraussetzungen geän-

dert werden, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die keinen Aufschub dulden oder die von äußerster Dringlichkeit sind. Es müssen also Nachteile für die Kommune eintreten, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Diese Voraussetzungen lagen jedoch nicht vor. Als der Bürgermeister in der folgenden Ratssitzung im Januar 2013 den Beschluss auf Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Günter Hallay nicht beanstanden wollte, schalteten die Pro Coesfelder den Landrat als Kom-

munalaufsicht ein. Dieser stellte fest, dass die Rechtsauffassung von Pro Coesfeld richtig war und der Beschluss daher hätte beanstandet werden müssen. Was die Pro Coesfelder nachdenklich stimmte, war der lapidare Kommentar des Bürgermeisters, es habe sich doch nur um einen Formfehler gehandelt. Die Form mag in vielen Bereichen tatsächlich nicht so wichtig sein. Rechtsstaatliches Handeln gestattet aber weder Formfehler noch inhaltliche Fehler bei der Anwendung von Gesetzen.

Verkehrsplanung in Coesfeld

Neue Zahlen lassen aufatmen

Kaum ein Thema hatte Coesfeld in den zurückliegenden Jahren so polarisiert wie Verkehrsplanungen in der nordwestlichen Innenstadt: Mit einem erfolgreichen Bürgerentscheid hatten die Coesfelder sich gegen Sperrungen gewehrt, ein später dennoch durchgeführter Versuch musste frühzeitig abgebrochen werden.

Aber wie war es dazu gekommen? Alles nur Willkür von „denen da oben“? Der Anfang war eigentlich noch ganz vernünftig: Um Planungs-

sicherheit zu bekommen, hatten Rat und Verwaltung ein Fachbüro mit der Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplans (VEP) beauftragt.

In den Jahren 2004 bis 2006 wurde mit Beteiligung vieler Bürger in Arbeitstreffen die damalige Situation ermittelt und bewertet. Anschließend erstellten die Fachleute eine Prognose, wie sich der Verkehr bis zum Jahr 2020 in Coesfeld entwickeln würde. Ausgehend von einer fortschreitenden Mobilität und einem Bevölkerungswachstum von ca. 4 %, sagten die Gutachter

eine Zunahme des Verkehrs bis 2020 um 22,9 % voraus. Diese Zahl bot den Anlass für die umstrittenen Maßnahmen in der nordwestlichen Innenstadt: Es wurden Einbahnstraßen umgedreht, Schilder und Betonkübel aufgestellt und die neue Verkehrsführung begann – und führte zu teilweise chaotischen Zuständen. Nicht zuletzt durch das Drängen von Pro Coesfeld wurde der „Versuch“ schließlich vorzeitig abgebrochen und der alte Zustand wiederhergestellt.

Entwarnung

Und nun? Tut man nichts, um den angedrohten Verkehrsströmen entgegenzuwirken? Das dann auch wieder nicht. Das Fachbüro hat erneut gezählt

Sicherheit & Schutz vor Diebstahl

Schon häufiger ist Pro Coesfeld von besorgten Bürgern und Eltern darauf hingewiesen worden, dass vor allem an Fahrradabstellplätzen (am Bahnhof, an einer Schule) der Einsatz einer Videokamera zum Schutz vor Diebstählen ganz nützlich wäre.

Eine Kamera kann an solchen Orten tatsächlich mehr Schutz bieten; am Bahnhof haben nach Abbau der Videoanlage Diebstahl und Vandalismus wieder zugenommen. In einem konkreten Fall hat Pro Coesfeld auch bereits beantragt, eine solche Maßnahme zumindest einmal zu prüfen, scheiterte aber an der ablehnenden Haltung der übrigen Fraktionen.

Selbstverständlich handelt es sich um ein sensibles Thema, denn niemand will einer weitgehenden Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Raumes das Wort reden. Das wäre auch gar nicht mit dem Datenschutzgesetz NRW zu vereinbaren. Gerade weil Videokameras aber durchaus schützen können, hat das Landesamt für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Orientierungshilfe herausgegeben, nach der unter Beachtung gewisser Voraussetzungen eine Videoüberwachung beispielsweise in einem Fahrradkeller möglich ist. Dabei gilt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit: Erst wenn andere, weitaus weniger in die Privatsphäre eingreifende Maßnahmen erfolglos bleiben, kann eine solche Videoüberwachung durchaus zulässig sein.

Pro Coesfeld nimmt die Einwände selbstverständlich sehr ernst, plädiert aber dafür, den Einsatz einzelner Kameras nicht von vornherein kategorisch abzulehnen. Aus persönliche Sicherheit und Schutz vor Diebstahl sind hohe Güter; wer sich häufiger auf nächtlichen Großstadt-Bahnsteigen und in U-Bahn-Stationen aufhält, ist jedenfalls oft ganz froh über die dort installierten Anlagen.

Impressum

Verantwortlich: Im Auftrag der freien Wählergemeinschaft: Robert Böyer.
Pro Coesfeld, Postfach 1742, 48637 Coesfeld.
E-Mail: redaktion@pro-coesfeld.de
Für den Vorstand: Robert Böyer, Paul Zumbült, Heinz Volmer, Dr. Günter Kirstein.
Für die Fraktion: Günter Hallay, Hans-Theo Büker, Hermann-Josef Peters.
Das Zeitungsteam: Robert Böyer, Dr. Thomas Pago, Uwe Hesse mit Vorstand und Fraktion.
Auflage: 17.000
Redaktionsschluss: 11. April 2014

– und die neuen Zahlen, fast unmerklich von der Öffentlichkeit, vor einem Jahr im Planungsausschuss präsentiert. Und da staunte manch einer der Zuhörer nicht schlecht: Laut alter Prognose hätte der Verkehr seit 2006 bereits um 10 % zunehmen müssen; tatsächlich aber war er um ca. 4 % zurückgegangen! Was zeigt: Es ist durchaus wichtig, den Verkehrsfluss zu beobachten und auf erkennbare Probleme frühzeitig zu reagieren. Für Coesfeld ist es unerlässlich, Verkehrsflüsse, Ampelanlagen, Kreuzungen usw. zu optimieren. Man sollte aber immer die gesamte Stadt im Blick haben und muss nicht gleich auf Prognosen hin mit drastischen Maßnahmen reagieren.